

**beigeheftet:
Broschüre der
Linksfraktion Altona**

ALiNa

**Altonaer
Linke Nachrichten**

ALiNa Nr. 10 · Herbst 2016

Im Heft:

**Pakt zwischen Senat
und Wohnungs-
wirtschaft:
Der doppelte
Mephisto**

**Holsten knallt
am dollsten**

**Der Senat pfeift auf
die Gesundheit der
HamburgerInnen**



zurück zur

Gemeinnützigkeit

SAGA wieder zu einer kommunalen, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft machen!

Keine Profite mit der Miete

Für kommunalen, gemeinnützigen Wohnungsbau

Wohnen ist ein Menschenrecht. Jede und jeder benötigt eine angemessene, zeitgemäße und bezahlbare Wohnung. Der Staat hat dabei einen Versorgungsauftrag! Nach den Untersuchungen des Pestel-Instituts fehlen in Hamburg 110.000 Sozialwohnungen. 2012 hatten 367.000 HamburgerInnen einen gesetzlichen Anspruch auf eine Sozialwohnung, aber es standen nur 96.854 entsprechende Wohnungen zur Verfügung. Jedes Jahr wird dieser Fehlbetrag größer, denn durch die Agenda 2010 der damaligen Regierung von SPD und Grünen unter Kanzler Schröder mit den Folgen Niedriglohntektoren, Prekarisierung, Hartz IV und sinkenden Renten steigt die Nachfrage nach günstigen Wohnungen. Zudem ist Hamburg eine „wachsende Stadt“. So stieg z.B. allein 2012 und 2013 die Hamburger Bevölkerung um 28.155 Menschen an. Aber erst 2015 kamen dann besonders viele Geflüchtete zu uns. Skandalös ist, dass gleichzeitig jährlich Tausende von Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen, da sie meistens auf 15 Jahre (früher 30)

werden. In den 1970er-Jahren gab es in Hamburg rund 400.000, im Jahr 2011 nur noch etwa 96.000 Sozialwohnungen, mit jährlich fallender Tendenz. Dagegen kann gar nicht angebaut werden. Unter diesem Wohnungsmangel leiden besonders Menschen mit geringem Einkommen und Menschen, die aufgrund ihres sozialen, gesundheitlichen oder kulturellen Hintergrundes einen erschwerten Zugang zu bedarfsgerechtem Wohnraum haben; nämlich Alleinerziehende, Wohnungs- und Erwerbslose, Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen, Flüchtlinge, Großfamilien und ältere Menschen. In Altona wurden im Jahr 2015 1.969 Bauanträge für Wohnungen genehmigt, davon waren ganze 74 geförderte Mietwohnungen, das sind 3,8 %. Das ist unglaublich! Wo bleibt da der von der SPD versprochene „Drittelmix“? Es hätten mindestens 650 Sozialwohnungen sein müssen. (Robert Jarowoy zeigt in seinem Artikel „Der Pakt zwischen Senat und Wohnungswirtschaft“ in der Fraktionsbroschüre Seite 6 auf, dass die Stadt so gut wie gar keine Sozialwohnungen mehr bauen will.)

Aufgrund dieser Knappheit an günstigem

liche Grundbedürfnisse zu erfüllen. Die Wohnungsfrage darf nicht dem „freien Markt“ zur Gewinnmaximierung überlassen bleiben. Mit diesem spekulantenfreundlichen Wohnungsbau muss endlich Schluss sein!

SAGA GWG wieder zu einer kommunalen, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft machen!

Spekulanten haben kein Interesse daran, Wohnungen zu bauen, für die sie Mieten zwischen 6 € und 8 € pro qm bekommen, wenn sie die Wohnungen auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt auch für 14 € und 17 € loswerden können. Schließlich bauen sie, um Gewinne zu erzielen. Daher fördert die Hansestadt Hamburg den Bau von preisgünstigen Wohnungen. Im Jahr 2014 erhielten SAGA GWG, Genossenschaften wie auch private Investoren 171 Millionen Euro, damit diese günstigen Wohnraum schaffen. Nicht selten verscherbelt der Senat dafür auch öffentliche Grundstücke. Nach meist 15 Jahren gehört alles den Spekulanten, und sie können auch aus den geförderten Wohnungen ihre fetten Gewinne realisieren.

Dieses Geld sollte der Senat lieber in eine kommunale, gemeinnützige Wohnungs-

baugesellschaft investieren und öffentliche Grundstücke ausschließlich verpachten, damit sie auf jeden Fall – selbst bei einem Verkauf von SAGA GWG – der Stadt erhalten bleiben. SAGA GWG ist zwar ein städtisches Unternehmen, arbeitet aber nicht gemeinnützig, sondern agiert heutzutage als gewinnorientierter Konzern. Das Unternehmen muss seine Gewinne in den allgemeinen Haushalt der Stadt Hamburg abführen, anstatt alle Überschüsse in neuen Wohnungsbau, Modernisierung und Instandhaltung zu investieren. Und warum muss ein staat-



Friedrich Ebert Hof – Kommunalen Wohnungsbau in der Weimarer Republik (1928/1929). Foto: Marlit Klaus

befristet wurden. Sozialbindungen müssen endlich unbegrenzt erhalten bleiben, um überhaupt wieder einen relevanten Bestand an Sozialwohnungen zu erreichen. Hamburg benötigt vorwiegend mietpreisgebundene Sozialwohnungen des ersten Förderweges (6,30 €/qm) und keine 100 qm-Luxus-Eigentumswohnungen, wie sie z.B. in Altona am Bedarf vorbei gebaut

Wohnraum können die Quadratmeterpreise für ungebundene Mietwohnungen stetig steigen. In Ottensen finden sich inzwischen Wohnungen mit einem Mietpreis von 17 € pro Quadratmeter. Das ist so gewollt, um den Eigentümern hohe Renditen zu gewährleisten. Es werden Wohnungen gebaut, um Geld profitabel anzulegen und nicht, um menschliche und gesellschaft-

liches Unternehmen eigentlich von der Stadt Grundstücke kaufen? Die Mieterinnen und Mieter zahlen also nicht nur für die Deckung der laufenden Aufwendungen für ihre Wohnungen (Kostenmiete), sondern subventionieren mit ihrer Miete auch noch den Hamburger Haushalt. 2012 holte die SAGA GWG einen Gewinn pro Wohneinheit von 1357,50 € heraus und erzielte



Typische Architektur in der Steenkampsiedlung. Zu jedem Eingang hinten ein kleiner Garten, der zur Selbstversorgung beitragen sollte. Foto: Birger Gente

einen Gesamtgewinn von 175,7 Mio. Euro. Das war einmal anders: In der Weimarer Republik forderte die Arbeiterbewegung mit Mietstreiks und kämpferischen Protesten gegen Zwangsräumungen und Wohnungsnot immer wieder gesunden, hellen und bezahlbaren Wohnraum. 1922 wurde die SAGA (Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona) als kommunales Unternehmen der Stadt Altona gegen die Wohnungsnot gegründet. In der Weimarer Republik entstanden in Altona einige SAGA-Siedlungen, die Musterbeispiele der Reformideen des Neuen Bauens wurden und bei denen architektonisch die Forderungen nach Licht, Luft und Sonne umgesetzt wurden, z.B. die Steenkampsiedlung.

Als Altona 1938 von den Nazis seiner Selbstständigkeit beraubt und in Hamburg eingemeindet wurde, ging die SAGA in das Eigentum der Stadt Hamburg über. Nach dem 2. Weltkrieg beteiligte sich die SAGA am Wiederaufbau. So entstanden z.B. die Grindelhochhäuser oder auch die Großsiedlungen Steilshoop, Mümmelmannsberg und der Osdorfer Born.

Mit der zunehmenden Etablierung des Neoliberalismus, dem Ende der DDR und dem Abbau des Sozialstaates schaffte die

Bundesregierung (damals CDU/FDP) 1990 das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz ab. Damit hatten Spekulanten freie Fahrt und die Wohnungswirtschaft wurde vollständig der Profitmaximierung preisgegeben. Der soziale Wohnungsbau wurde drastisch zurückgefahren und Sozialbindungen liefen aus. Nach 2019 sollen die Kommunen auch keine Zuschüsse vom Bund mehr für den sozialen Wohnungsbau erhalten.

1999 wurde dann die SAGA mit der GWG (regionaler Wohnungsbestand der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat) als Tochterunternehmen zu einem zwar noch staatlichen, aber gewinnorientierten Konzern ausgebaut. Zur Zeiten des CDU-Senates gab es bereits die Vorstellung, die SAGA zu privatisieren und an Spekulanten zu verkaufen. Das hätte auch geheißen, dass der Stadt die öffentlichen Grundstücke, die sie an die SAGA verkauft hat, verloren gegangen wären. Seitdem lastet der Druck auf dem Unternehmen, möglichst hohe Gewinne zu erzielen.

Um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, sollte so eine gemeinnützige Gesellschaft transparent sein und einer öffentlichen, demokratischen Kontrolle unterliegen.

Auch halten wir es für unabdingbar, dass die Mieterinnen und Mieter ein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht erhalten.

Wir fordern:

- ➔ SAGA GWG wieder zu einer kommunalen, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft umzuwandeln, transparent und unter öffentlicher, demokratischer Kontrolle, mit der Teilhabe der MieterInnen an Entscheidungsprozessen
- ➔ Wohnungen müssen dem tatsächlichen Bedarf z.B. nach Größe und Barrierefreiheit angepasst sein
- ➔ Wohnungspolitik muss eingebettet sein in ein städtebauliches Gesamtkonzept, das die Wohn- und Lebensqualität der im Stadtteil lebenden Menschen zum Ziel hat und unter wirklicher BürgerInnenbeteiligung stattfindet
- ➔ Keine Befristung bei Miet- und Belegungsbindung
- ➔ Rückkauf von Miet- und Belegungsbindung, damit in Hamburg schnell ausreichend Sozialwohnungen zur Verfügung stehen.
- ➔ Öffentliche Grundstücke zu verpachten anstatt zu verkaufen

Marlit Klaus

Inhaltsverzeichnis:

- 2-3 Keine Profite mit der Miete - Für kommunalen, gemeinnützigen Wohnungsbau
- 4-5 Soll das erfolgreiche Bürgerbegehren ausgehebelt werden? Ein offener Brief
- 5 Anlage: Beschlussempfehlung der Bezirksversammlung zum „Verfahren Spritzenplatz“
- 5 Herzlich Willkommen – Neumitgliedertreffen im Parteibüro
- 6 „Opposition macht Spaß“ – Ein Nachruf auf Herbert Schui
- 7 Bücherkiste Links

Soll das erfolgreiche

Bürgerbegehren ausgehebelt werden?



Was wird jetzt hinter dem Rücken der BürgerInnen geplant? Wieviel Sonne wird bleiben? Foto: Marlit Klaus

Nachdem das erfolgreiche Bürgerbegehren „Spritzenplatz bleibt – unser Platz an der Sonne“ von der Bezirksversammlung übernommen wurde und damit als Beschluss der Bezirksversammlung gilt,

hat die Bürgerinitiative jetzt starke Befürchtungen, ob es nicht durch die Hintertür – über eine sogenannte Planungswerkstatt – doch noch ausgehebelt werden soll. Mit einem Offenen Brief möchte die Initiative protestieren

und gleichzeitig die Öffentlichkeit informieren. Es wäre gut, wenn viele AnwohnerInnen ihre Interessen bei der Planungswerkstatt vertreten würden. Termine werden auf www.altonaer-manifest.de bekanntgegeben.

OFFENER BRIEF **„Spritzenplatz bleibt - unser Platz an der Sonne!“**

Sehr geehrte Frau Dr. Melzer, sehr geehrter Herr Gerdemann, sehr geehrter Herr Dr. Toussaint,

am 20. Juli 2016 wurde im Planungsausschuss eine Beschlussempfehlung verabschiedet, die zur Grundlage hatte, dass 7.000 € für die Durchführung einer Planungswerkstatt bewilligt werden sollte. Mit Erstaunen haben wir feststellen müssen, dass der Beschlussempfehlung zwischenzeitlich eine Begründung beigefügt ist, die im Widerspruch zum Beschluss der Bezirksversammlung steht. Sie wurde auch vorher in keiner Weise im Planungsausschuss erwähnt, wie uns viele anwesende Zuschauer bestätigten. Am 11. August 2016 wurde diese so nicht beschlossene Begründung vom Hauptausschuss* abgesegnet (siehe Anlage, Beschlussempfehlung, nächste Seite).

In dieser Empfehlung heißt es nun: „Im Hinblick auf städtebauliche Entwicklungen sind jedoch auch Perspektiven aufzuzeigen. Die Eigentümerin (...) möchte zeitnah eine ortsbildverträgliche Bebauung realisieren“. Das entspricht nicht dem Beschluss der Bezirksversammlung. Diese ist dem Bürgerbegehren beigetreten. Da die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) dem eingeleitetem Bebauungsplan** zugestimmt hat, ist die Zielsetzung bindend: „(...), dass der Bereich Ottenser Hauptstraße (...) in seiner jetzigen Gestalt hinsichtlich der Höhenentwicklung und Baukörpermasse wegen seiner Ortskern prägenden Bebauungsstruktur (...) durch einen neuen Bebauungsplan langfristig gesichert wird, auch wenn derzeitige Bestandsgebäude abgerissen werden sollten.“

Es werden jetzt in erster Linie die Investoren-Interessen bedient. Unterschlagen werden die wesentlichen Teile des Bürgerbegehrens. Höhenentwicklung und Baukörpermasse wurden in der Beschlussempfehlung einfach weggelassen. Nun soll eine Planungswerkstatt für das Bebauungsplanverfahren Ottensen 69 eingesetzt werden. Das hört sich erstmal nett an. Aber: die Grundlage dafür werden Pläne sein, die dem Aufstellungsbeschluss zuwiderlaufen. Die Leitung des Fachamtes der Stadt- und Landschaftsplanung hat mehrfach öffentlich geäußert, dass sie für Ottensen eine durchgängig 4-geschossige Bebauung mit Staffel für ortstypisch hält. Dies deckt sich nicht mit dem Votum des Bürgerbegehrens, dessen Kernaussage eine langfristige Sicherung der gegenwärtigen Höhenentwicklung und Baukörpermasse am Spritzenplatz ist.

Um so verwunderter sind wir, dass nun im Rahmen einer Planungswerkstatt*** scheinbar ergebnisoffen eine „städtebauliche Gestaltung“ erarbeitet werden soll. Wird ein Votum dieser Planungswerkstatt dann über das Votum des Bürgerbegehrens und den Beschluss der Bezirksversammlung gestellt? In der Empfehlung heißt es: „Das Bezirksamt Altona wird gebeten, im Rahmen einer offenen Planungswerkstatt eine öffentliche Diskussion zur städtebaulichen Gestaltung am Spritzenplatz durchzuführen und von einer breiten Öffentlichkeit getragene Gestaltungsanforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Planungswerkstatt sollen in eine Architekturwerkstatt einfließen und als Grundlage für eine Neubebauung am Spritzenplatz fungieren.“

Wie soll aber ermittelt werden, ob das formulierte Ergebnis der Planungswerkstatt von einer breiten Öffentlichkeit getragen wird? – Durch ein Referendum? Oder durch Zustimmung des Bezirksamtes und der Eigentümerin? Grundlage für eine Neubebauung ist ein Bebauungsplan. Und die Aufstellung eines solchen wurde über Bürgerbeteiligung – einem Bürgerbegehren, dem die Bezirksversammlung beigetreten ist – beschlossen.

Fortsetzung nach der Fraktionsbroschüre



NACHRICHTEN AUS DER BEZIRKSFRAKTION DER LINKEN ALTONA

Ausgabe Herbst 2016



DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Flüchtlinge und Nachbarn im Dialog - ein Fest

Zugegeben, eine Podiumsdiskussion zum Thema Flucht hört sich im ersten Augenblick nicht nach einem festlichen Anlass an. Dennoch hat die Bezirksfraktion der Partei DIE LINKE in Altona am 23. Juli 2016 eine solche Diskussion mit einem Fest auf dem Kemal-Altun-Platz verbunden. Neben den Menschen aus der Nachbarschaft waren auch Flüchtlinge aus den Unterkünten Schnackenburgallee und Waidmannstraße eingeladen. Es war ein herrlicher Samstag, an dem um 14:00 Uhr die Veranstaltung beginnen sollte. Noch bevor die Flüchtlinge mit Bussen eintrafen, waren die ersten Nachbar_innen schon da; auch die Punker_innen kamen mit dem Traktor angefahren und bauten als erstes einen Tisch mit Essbarem auf. Nach dem Eintreffen der Flüchtlinge stellte Robert Jarowoy, der die Podiumsdiskussion moderierte, alle Teilnehmenden kurz vor und entschuldigte sich ausdrücklich dafür, dass an der Diskussion nur eine Frau teilnehme, es habe sich leider nicht anders ergeben.

Jan von Aken (MdB DIE LINKE) übernahm den ersten Vortrag. Er berichtete vor allem über den Waffenexport als Fluchtursache Nummer 1, und dass noch immer viel zu viele Tonnen der todbringenden Fracht gerade über den Hamburger Hafen in alle Welt verschifft würden, wodurch es dann zu Tod, Elend und vor allem auch zur Flucht käme. Hannes Classen von der Anwohner_inneninitiative Otte 60 beklagte, dass die mit der Politik vereinbarte Anzahl der Wohnquadratmeter für die Innenhof-Bebauung nun mehr als verdoppelt (ca. 15.000 qm) werde und auch höher als vereinbart gebaut werden solle. Dies wäre ihnen nicht mitgeteilt worden, sondern sie hätten es der Zeitung entnehmen müssen. Ein weiterer Kritikpunkt war, dass im Innenhof ausschließlich Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Diese begrüße man zwar, jedoch wünsche sich die Initiative eine soziale Mischung im Sinne der Integration in allen neu zu bauenden Häusern. Die Kurdin Adalet Sare-Oguz berichtete über die Situation der Kurd_innen in Syrien und der Türkei, man wünsche sich vor allem ein selbstbestimmtes Leben in Frieden. Es sei immer schwer zu ertragen, wenn wieder Schlimmes von dort zu hören sei. Geflohene Kurd_innen, die hier in Deutschland

ankämen, wären überwiegend stark traumatisiert. Die syrischen Kurd_innen ständen dem IS gegenüber, und die türkischen Kurd_innen erlebten täglich verschärfte Repressionen durch das Erdogan-Regime. Rudko Kawczynski, Bürgerrechtler und Vorstandsvorsitzender der „Rom und Cinti Union“ berichtete über die Jahrhunderte lange Vertreibung der Cinti und Roma, die bis heute immer noch anhalte. Hierzu trug er anfangs geschichtliche Fakten vor, um dann auf die heutige Situation dieser Volksgruppen einzugehen, welche quasi noch immer als „heimatlos“ gelten. Neben den genannten Redner_innen sprachen noch Lorenz Flemming von der FDP Altona sowie Klaus Schomacker für die IFI - Initiativen für erfolgreiche Integration.

sion verstanden zu haben. Es mangle ihm aber noch an ausreichend Gelegenheiten mit Deutschen zu reden und die Sprache zu üben. Persönlich bin ich nicht mit einem Flüchtling im Gespräch gewesen, aber das ein oder andere wohlwollende Lächeln hat vielleicht auch seine Wirkung erzielt. Das musikalische Programm wurde ebenfalls gut angenommen. Gelauscht und getanzt wurde zu Balkanmusik von Niko Besnik Isufi über HipHop aus Lateinamerika vom Tunche Soundsystem bis zu Widerstandsliedern aus Rojava. Zwischen zwei Auftritten gab es auf der Bühne ein Programm für die Kinder mit dem Tüdelbandtheater. Es war im Großen und Ganzen eine gelungene, gut besuchte Veranstaltung, an der man sicher, aus dieser Erfahrung, das eine



Vor allem die Kinder hatten viel Spaß bei dem Bühnenprogramm mit dem Tüdelbandtheater. Foto: Birger Gente

Anschließend wurde der festliche Teil der Veranstaltung eingeläutet. Mehrere Stände mit verschiedenen Köstlichkeiten standen inzwischen für die Besucher_innen der Veranstaltung bereit. So gab es unter anderem afghanischen Gewürzreis, frisch gebackene Teigtaschen sowie Köfte und Fleischspieße vom Grill im Fladenbrot. Die Einnahmen waren meist für projektbezogene Spenden vorgesehen. Über den Platz hinweg war eine gelassene Stimmung wahrzunehmen, bis schließlich das kulturelle Programm auf der Bühne losging. Am Rande des Kulturprogramms ergaben sich erste Kontakte mit Geflüchteten. So erzählte eine Genossin von einer Begegnung mit einer Gruppe von vier Afghanen. Wie sich im Gespräch herausstellte, hatten zwei von ihnen - trotz Bemühungen - noch keinen Deutschkursus vermittelt bekommen. Einer der anderen beiden (ca. 3 Monate Deutschkursus) meinte, immerhin etwa 50% der Podiumsdiskus-

oder andere noch verändern kann. Für Anregungen sind wir dankbar. Viele haben sich an den Ständen informiert, der Podiumsdiskussion zugehört, oder sich an dem Kulturprogramm erfreut.

Vor allem hat die Veranstaltung klar gemacht, es gibt noch sehr viel zu tun, sollen ernsthaft die Ursachen von Flucht bekämpft werden. Stattdessen erleben wir täglich in den Nachrichten wie immer nur neue Pläne geschmiedet werden, die Symptome der Flucht einzudämmen. Die Ursachen werden so nur weiter wachsen und Regierung wie auch die EU früher oder später einholen. Völlig unklar bleibt, wie Merkel und die EU die Verhandlungen mit Erdogan angesichts der neuesten Erkenntnisse aus dem BND Bericht aufrechterhalten können. Ich finde, DIE LINKE fordert völlig zu Recht sofortigen Verhandlungsstopp als eine erste Maßnahme.

Birger Gente

Der Altonaer Bahnhof muss bleiben, wo er ist!

Der Bahnhof Altona – eine lange Geschichte des städtebaulichen Irrsinns



Noch fahren Fernzüge vom Kopfbahnhof ab. Der Senat und die Bahn wollen dies ändern Foto: Birger Gente

Als der alte Bahnhof 1974 gegen massiven öffentlichen Protest abgerissen wurde, sparten die von der Modernisierung besorgenen Verantwortlichen Kosten und ließen den ersten Kaufbahnhof bauen.

Dass diese stadtplanerische Unsinnentscheidung den Kaufhäusern in der Otten- ser Hauptstraße und in der Neuen Großen Bergstraße die zu deren Existenz nötigen Kunden abgrub, war weder öffentlich be- dacht worden, noch hatte man die Öffent- lichkeit in einen demokratisch organisier- ten Planungsprozess einbezogen.

Wenn wir heute im öffentlichen Raum auf das Desaster eines blindwütigen Stadtum- baus durch die Zerstörung des Bahnhof- standortes Altona verweisen, bekommen wir oft zu hören: ja, aber, dieser hässliche Bau*, der alte Bahnhof, der wäre erhaltens- wert gewesen. Stimmt. Trotzdem zerstörte die Herausnahme des Bahnhofstandortes aus dem Kerngebiet zwischen Ottensen und Altona-Altstadt den städtischen Le- bens- und Arbeitsraum.

Ein ordentliches, die Öffentlichkeit einbezie- hendes Verfahren scheint allerdings von vie- len Akteuren des Verlegungstamels nicht

gewünscht. Als Jörn Walter (Städteplaner, seit 1999 Oberbaudirektor Hamburgs) und sein Umfeld das Neubaukonzept für den Be- reich Stresemannstraße/Harkortstraße vor- stellten, wurde einzig und allein die Notwen- digkeit von Wohnungsbau in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das für den Neubau- bereich inszenierte Beteiligungsverfahren zeichnete sich in den Folgejahren dadurch aus, dass alle nicht genehmen Gedanken und Reflexionen, die aus der Mitte der Anwohne- rInnen und Betroffenen formuliert wurden, konsequent ignoriert und aus allen Doku- mentationen des Stadtplanungsprozesses wegedregiert wurden. Mit diesem undemo- kratischen Konzept des Durchzockens von gewollten Vorgaben gelang es sogar weitge- hend, viele engagierte AnwohnerInnen und KritikerInnen so weitgehend zu entmutigen, dass sie sich aus dem Prozess zurückzogen. Insbesondere wurde stringent die Frage des Erhaltes des Altonaer Bahnhofes an seinem derzeitigen Standort weggeblendet.

Auch in der Bezirksversammlung Altona herrschte der Taumel für die sogenannte „Neue Mitte“ Altona vor. Trotzdem kam es zu einem gemeinsamen Mehrheitsbeschluss, der eine Verlängerung der Einwendungsfrist

im Rahmen des Planfeststellungsverfah- rens gegen die Verlegung des Bahnhofes Altona aus dem Kerngebiet heraus an den Diebsteich einforderte. Die Antwort an den Vorsitzenden der Bezirksversammlung ist beachtlich. Kein Wort über Inhalte und kein Gedanke zu einer demokratischen Diskussi- on unter Einbeziehung einer breiten Öffent- lichkeit bei dieser Zukunftsentscheidung für die Stadtentwicklung und die Verkehrsent- wicklung in Altona. Bitte lesen Sie den Text dieses Briefes hier in aller Ruhe selbst. Vie- le von uns können sich nicht des Eindrucks erwehren, dass demokratisch strukturierte Entscheidungsprozesse, an deren Ende eine „mehrheitlich gemeinsame Entscheidung“ stehen könnte, unerwünscht sind. In irgend- welchen Räumen und irgendwelchen Zirkeln wurden stattdessen unter Umgehung der Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit Vorentscheidungen getroffen, die das, was bestimmte Kreise wollen, als alternativlos darstellen sollen. Stuttgart 21 lässt grüßen. Um nur drei Profiteure dieses Vorgehens zu nennen: Die Verkäufer und Käufer („Inves- toren“) der Holstenbrauerei, die Deutsche Post AG mit den riesigen Flächen am Kalten- kirchener Platz und die Deutsche Bahn AG, die sich ihrer Aufgabe der umweltfreundli- chen Organisation des schienengebunde- nen Personenverkehrs entledigt.

Wir sind froh, dass sich in den Initiativen „Prellbock Altona“ und „Langenfelder Sig- nal“ Menschen zusammengefunden haben, die diese scheinbar alternativlosen Entschei- dungen irgendwelcher Machtzentren nicht hinnehmen und für eine demokratisch struk- turierte öffentliche Diskussion eintreten.

*Das hässliche Bahnhofsgebäude wird auf jeden Fall bleiben, denn es gehört gar nicht mehr der Bahn, son- dern einem Investor.

Wolfgang Ziegert,
Mitglied der Linkenfraktion Altona

Inhaltsverzeichnis:

- 2 Flüchtlinge und Nachbarn im Dialog - ein Fest
- 3-4 Der Altonaer Bahnhof muss bleiben, wo er ist! (inkl. Anlagen)
- 4-5 Ein paar Fakten zur Bahnstiftungsverlegung
- 5 Holsten knallt am Dollsten
- 6 Der Pakt zwischen Senat und der Wohnungswirtschaft
- 7 Die Verhältnisse in Unterkünften für Geflüchtete anhand des Beispiels der Waidmannstraße
- 8 Der Einsatz von 1€-Jobbern gegen Obdachlose
- 8-9 Das Kino 3001 braucht unsere Unterstützung
- 9 Personalmangel führt zu langen Wartezeiten im Kundenzentrum
- 10-11 Senat pfeift auf die Gesundheit der BürgerInnen!
- 11 Die Partnerschaft mit Maltepe und die Altonale 2016

Anlagen zum Artikel „Der Altonaer Bahnhof muss bleiben, wo er ist!“



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 20-2376

Mitteilungsdrucksache öffentlich

Beratungsfolge		Datum
	Gremium	
Öffentlich	Bezirksversammlung	26.05.2016
Öffentlich	Planungsausschuss	01.06.2016

**Verlängerung der Einspruchsfrist zum Planfeststellungsverfahren
"Neuorganisation des Altonaer Bahnhofs"
Mitteilungsdrucksache zum Beschluss der Bezirksversammlung vom 28.04.2016**

Die Bezirksversammlung Altona hat in ihrer Sitzung am 28.04.2016 anliegende Drucksache 20-2252 beschlossen.

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) hat hierzu mit Schreiben vom 20.05.2016 wie folgt Stellung genommen:

Dem o. g. Beschluss kann aus folgenden Gründen nicht gefolgt werden:
Das Planfeststellungsverfahren für die Verlegung des Bahnhofs Hamburg-Altona wird von der zuständigen Anhörungsbehörde (BWVI) sowie im Anschluss an das Anhörungsverfahren von der zuständigen Planfeststellungsbehörde (Eisenbahn-Bundesamt) betrieben. Das Eisenbahn-Bundesamt trifft als Planfeststellungsbehörde die abschließende Entscheidung über die Zulassung des Vorhabens. Die von der Bezirksversammlung genannten anderen Behörden können im Planfeststellungsverfahren im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs Stellungnahmen abgeben.
Das Planfeststellungsverfahren einschließlich der Einwendungsfrist ist von der Anhörungsbehörde ordnungsgemäß bekannt gemacht worden (§ 73 Abs. 5 HmbVwVfG, vgl. Amtlicher Anzeiger Nr. 19 vom 08. März 2016, S. 444 ff). Die Frist für die behördlichen Stellungnahmen ist den beteiligten Behörden - so auch dem Bezirksamt Altona - unmittelbar schriftlich mitgeteilt worden. Die am 27. April 2016 abgelaufene Einwendungsfrist ist eine gesetzliche Frist, die nicht verlängert werden kann (§ 73 Abs. 4 S. 3 HmbVwVfG). Die Frist für die Abgabe behördlicher Stellungnahmen ist ebenfalls am 27. April 2016 abgelaufen. Stellungnahmen, die nach Ablauf dieser Frist eingegangen sind, können gemäß § 73 Absatz 3a Satz 2 HmbVwVfG berücksichtigt werden. Hierüber entscheidet das Eisenbahn-Bundesamt als Planfeststellungsbehörde.
Die Vorhabensträgerin (DB Netz AG) ist rechtlich nicht verpflichtet, eigene Beteiligungsveranstaltungen durchzuführen oder auf diese hinzuweisen oder Verfahrensinweise bezüglich des Planfeststellungsverfahrens zu geben. Sie kann neben den im HmbVwVfG geregelten Verfahrensabläufen Veranstaltungen lediglich zu Informationszwecken durchführen. Solche Veranstaltungen greifen nicht auf das Planfeststellungsverfahren durch.

Seite: 1/2

Über die gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachung hinaus wird seit Beginn des Planfeststellungsverfahrens auf der Internetseite der Anhörungsbehörde auf das Planfeststellungsverfahren einschließlich der Einwendungsfrist hingewiesen (<http://www.hamburg.de/bwvi/np-aktuelle-planfeststellungsverfahren/5195950/verlegung-bahnhof-altona/>). Darüber hinaus informiert die Vorhabensträgerin Internetpräsenz hingewiesen unter <http://bahnprojekt-hamburg-altona.de/das-projekt/> über das Projekt. Schließlich berichtete auch die Presse ausführlich über das Vorhaben und den Beginn des Planfeststellungsverfahrens (z. B. das Hamburger Abendblatt am 14.03.2016 nebst Nennung von Daten, insbesondere auch der Einwendungsfrist).

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Kenntnisnahme gebeten.

Anlage/n:

Drs. 20-2252

Beschluss

**Verlängerung der Einspruchsfrist zum Planfeststellungsverfahren
"Neuorganisation des Altonaer Bahnhofs"**

Am 07.04.2016 hat die DB Netz AG eine Veranstaltung im Altonaer Rathaus durchgeführt, die mit einer Vielzahl von Plakaten beworben wurde. Diese Plakate mit drei verschiedenen Motiven wiesen weder auf die Veranstaltung mit Ort und Datum hin noch auf den Zweck. Genauso wenig wurde die Möglichkeit von Einwendungen zum Planfeststellungsverfahren öffentlich bekannt gemacht.

Da es im Vorwege auch keine anderen öffentlichen Anhörungen oder Informationsveranstaltungen zum Thema der Neuorganisation des Altonaer Bahnhofs gab, werden die zuständigen Fachbehörden des Senats, vor allem die im Verfahren federführende BWVI sowie die mitgestaltende BSW nach § 27 BezVG aufgefordert, die DB Netz AG zu veranlassen, eine ordnungsgemäß angekündigte weitere Anhörung zum Thema durchzuführen und die Frist für die Einwendungen um 4 Wochen zu verlängern.

Ein paar Fakten zur Bahnhofsverlegung

Auf der Info-Veranstaltung der Initiative Prellbock Altona am 11. Juli 2016 wurden viele Fragen gestellt. Die Wichtigsten immer wiederkehrenden: Warum werden die BürgerInnen nicht in die Planung mit einbezogen? Warum informieren die Bahn AG und der Hamburger Senat die BürgerInnen nicht ausführlich über die Pläne zur Schließung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona? Was kostet das ganze Projekt die SteuerzahlerInnen? Bekommen wir ein zweites „Stuttgart 21“? Wer trägt die Kosten für die Sanierung des Lessingtunnels? Warum ist die Alternative „Modernisierung des Bahnhofs am gegenwärtigen Standort“ überhaupt nicht tiefgreifend untersucht worden? Weil es eh nicht gewollt wird?

Ein Bahnhof ist immer das Zentrum einer Stadt oder eines Bezirks, um den sich herum eine Infrastruktur mit Geschäften, Arztpraxen, Dienstleistungsbetrieben, sozialen, kulturellen, sportlichen und bildungspolitischen Angeboten, Cafés und Restaurants über Jahrzehnte entwickelt hat. So etwas lässt sich nicht so einfach verpflanzen. Es kommen Menschen aus dem Umland nach Altona, um hier einzukaufen oder Facharztpraxen und ähnliches aufzusuchen.

Wollte man am Diebsteich ein großstädtisches Umfeld aus dem Erdboden stampfen, so müssten ein Friedhof, Kleingärten und Kleingewerbe vernichtet werden. Und was würde das für die Geschäfte und Arztpraxen im Umkreis des heutigen Bahnhofs bedeuten, sollen sie zum Teil auch umziehen?

Der Bahnhof Altona, der sich seit über 100 Jahren an diesem Standort befindet, ist der einzige wirklich barrierefreie Fern- und Regionalbahnhof Hamburgs mit kurzen Zugangswegen zur Straßenebene, zu Taxen, Bussen, Geschäften und vielen Facharztpraxen. Das wird es am Diebsteich nicht geben.

Der Bahnhof Diebsteich ist zudem nicht an die S1 und nicht an den Busbahnhof angeschlossen. Große Flächen für PKW- und Fahrradparkplätze stehen nicht zur Verfügung. Für die PendlerInnen würde dies eine erhebliche Fahrzeitverlängerung bedeuten. Die aus dem Westen kommenden Menschen werden für Fernstrecken dann gleich zum - heute schon völlig überlasteten - Hauptbahnhof fahren. Wer hat sich das bloß ausgedacht! Der Hauptbahnhof muss entlastet werden!

Eine Verlagerung des Bahnhofs nach Diebsteich würde den Wohnungsbau im 2. Bauabschnitt der Neuen Mitte Altona um 5-7 Jahre verzögern. Die Wohnungen werden aber jetzt gebraucht!

Wir unterstützen die Forderungen vom Prellbock:

- ▶ den Fern- und Regionalbahnhof Altona am gegenwärtigen Standort zu belassen,
- ▶ das Gleisvorfeld neu zu ordnen, die nicht benötigten Altanlagen abzubauen und - soweit erforderlich - die Bahnsteiganlagen des jetzigen Bahnhofs zu modernisieren,

- den Viadukt (marode Quietschkurve), der die Flächen des Bauabschnitts I und II der Neuen Mitte trennt, abzureißen und das bisher darauf befindliche ICE-Ausfahrgleis nach Westen zur S-Bahn-Trasse hin zu verlegen
- unverzüglich mit der Planung und Umsetzung des Wohnungsprojektes „Neue Mitte Altona, Phase II“ zu beginnen
- umgehend den Lessingtunnel zu sanieren und dort neue Bahnsteigzugänge zu den vier bestehenden Bahnsteigen zu schaffen.

Die Redaktion



Eingefahrener Zug im Altonaer Bahnhof. Auf dem Nebengleis ein „Prellbock“ Foto: Birger Gente

Holsten knallt am Dollsten

Ein Letter of Intent (LOI) ist eine aus dem kaufmännischen Bereich stammende Vereinbarung/ verbindliche Absichtserklärung, die eine Art Vorvertrag ist.

In der Politik werden solche Absichtserklärungen eigentlich nicht vereinbart, sondern es werden städtebauliche Verträge geschlossen. Im Fall des Verkaufs des Geländes der Holsten-Brauerei wurde zwischen dem Senat und der Carlsberg-Brauerei, zu der Holsten seit der Übernahme 2004 gehört, ein LOI „fixiert“, der aufzeigt, was nach dem Umzug der Brauerei auf dem 86.500 qm großen bisherigen Betriebs-Gelände dort künftig geschehen soll.

berg zugesagt, dass er die enorm gewinnsteigernde Umwandlung des bestehenden Planrechts umsetzen würde, obwohl dies eine rein bezirkliche Angelegenheit ist. Ein Bebauungsplan mit der Festsetzung des Baurechts wird unter Mitwirkung der Öffentlichkeit (Anhörungen, Auslegungen, Einwendungen) und unter Hinzuziehung diverser Gutachten (Lärm, Verkehr, Naturschutz, Umwelt etc.) eingeleitet, aufgestellt und beschlossen. Dies hat der Senat – wie so oft – vorweggenommen und de facto beschlossen.

Aufgrund dieser Zusage seitens des Senats haben diverse Investoren ihre Angebote für den Kauf des Holstenbrauerei-

Stadt zur Verfügung gestellt zu bekommen. Nach übereinstimmenden Berichten bekam Carlsberg von dem Investor, der Düsseldorfer Gerchgroup, aufgrund der Senatszusage 150 Mio. € für das Gelände am Holsten-Bahnhof; immerhin 137 Mio. € mehr als nach dem geltenden Baurecht zu realisieren gewesen wäre. Das reicht dann auch, um auf dem von der Stadt bereitgestellten Gelände eine nigelnagelneue Brauerei „kostenneutral“ errichten zu können. Offenbar ein supertoller Deal für alle: Carlsberg/Holsten, die Stadt und den Investor Gerchgroup.

Und nun soll die Öffentlichkeit auch noch beteiligt werden. Nach Auskunft des Altonaer Baudezernenten Gerdemann und seines Fachamtsleiters Stadtplanung Conrad wird im Herbst ein ergebnisoffenes bezirkliches Bebauungsplanverfahren begonnen, in dem die Öffentlichkeit all ihre Wünsche und Forderungen äußern darf, die dann gesetzestreu abgewogen werden. Und dann soll auch noch ein Architekturwettbewerb stattfinden.

Allerdings hat der Oberbaudirektor Jörn Walter erklärt, „mit der Neuen Mitte Altona haben wir bereits eine Blaupause“. Und so ist es: der Architekt André Poitiers, der bereits den Wettbewerb für die Neue Mitte auf dem ehemaligen Altonaer Güterbahnhofs-gelände gewann bzw. zugeteilt bekam, hat das Kaufangebot der Gerchgroup mit einem dem LOI konformen Entwurf begleitet. „Wir denken, den richtigen Nutzungsmix für Altona auf den Weg gebracht zu haben,“ sagte Mathias Düsterdick, Geschäftsführer der Gerchgroup. „Erhalten bleiben der Turm mit dem Holsten-Ritter samt angeschlossenen Sudhaus sowie der Julius-Turm.“ Hier könnte die bestehende Mikro-Brauerei einziehen und ein Biermuseum.

(Alle Zitate aus der Immobilienzeitung, Ausgabe vom 30.6.2016)

Robert Jarowoy,

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Altona



Kistenlager der (Holsten) Carlsberg-Brauerei an der Lieferanteneinfahrt in der Harkortstraße. Foto: Birger Gente

Das bisher planrechtlich als Industriefläche ausgewiesene Gelände hätte mit dieser Ausweisung einen ungefähren Wert von ca. 150 €/qm = 13 Mio. €. Im Falle der Umwandlung in ein Wohn- oder Mischgebiet (Wohnen und Gewerbe) steigt der Bodenpreis nach den aktuellen Richtwerten auf ca. 2.000 €/qm. Das wären dann 172 Mio. €. In dem LOI hat der Senat Carls-

Geländes abgegeben. Carlsberg hat zuvor erklärt, man sei nur dann bereit, einen Hamburger Standort beizubehalten, wenn sich der Umzug kostenneutral gestalten könne. Nun haben sie mit der Zusage des Senats, die planrechtliche Ausweisung für überwiegend Wohnungsbau zu verändern, sich bereit erklärt, ein ähnlich großes Gelände in Hausbruch von der

Der Pakt zwischen Senat und Wohnungswirtschaft

Der Senat spricht seit Jahren vom sogenannten Drittmix, d.h. dass bei jedem Wohnungsbauvorhaben ein Drittel Sozialwohnungen entstehen würden. In diesem Artikel wird aufgezeigt, dass geplant ist, zukünftig auf privaten Grundstücken so gut wie gar keine Sozialwohnungen mehr zu bauen.



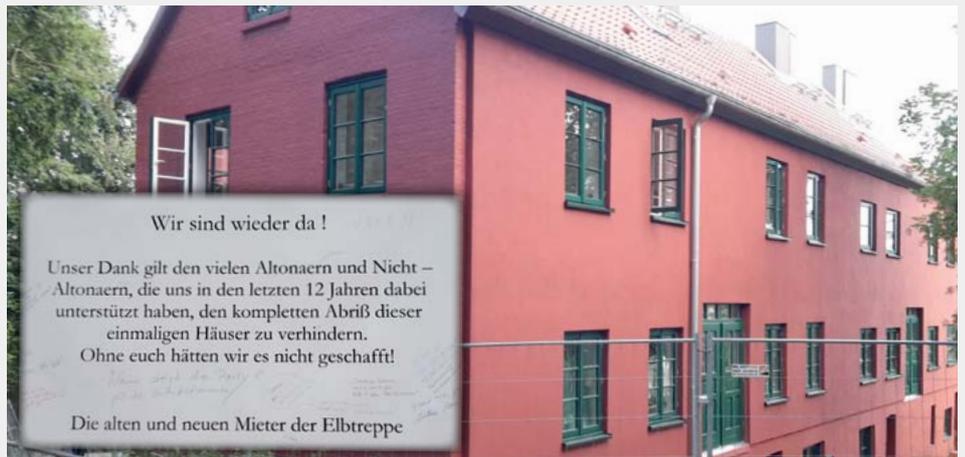
Ein Drittel Sozialwohnungen? Weit gefehlt, bei den neugebauten „Rainville Apartments“ (ca. 400 m Luftlinie zum Altonaer Rathaus) gibt es nur Eigentumswohnungen mit bis zu 315 m² Wohnfläche. Hier wurde nur für die Top-VerdienerInnen gebaut. Foto: Birger Gente

Im „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau“, der zwischen dem Senat und den Bezirken geschlossen werden soll, heißt es, dass man jährlich „mindestens 10.000 Wohnungen zu genehmigen anstrebe und in Projekten mit Mietwohnungsneubau einen Anteil von 30% öffentlich geförderten Wohnungen“ erreichen wolle, was eine deutliche Steigerung der bisherigen erfolgreichen Senatspolitik sei. Die Realität sieht anders aus. Genehmigte Sozialwohnungen sind lange noch nicht gebaut. 2015 wurden laut Senatsauskunft in Altona 74 Bauanträge für öffentlich geförderte Wohnungen genehmigt, während im gleichen Zeitraum ungefähr 1000 aus der Mietpreisbindung hinausfielen. Genehmigt wurden 2015 in Altona insgesamt 1969 Wohnungen. Drittmix hätte bedeutet: 656 und nicht 74 Sozialwohnungen.

Was aber ist überhaupt dran, an diesem mit so viel Getöse vorgestelltem Vertrag für Hamburg zum Wohnungsneubau? So gut wie gar nichts, denn der eigentliche Vertrag ist das in der Anlage beigefügte „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“, der zwischen dem Senat und der Wohnungswirtschaft geschlossen wurde, also den Wohnungsbau-Unternehmen bzw. ihren Verbänden. Und dort wird Tacheles geredet: „Sofern auf privaten Grundstücken mit geltendem Baurecht durch Erteilung von Befreiungen zusätzlich Wohnfläche und/oder Wohnungen genehmigt werden, darf die Forderung nach der Errichtung von geförderten Wohnungen erst erhoben

werden, wenn die Anzahl der genehmigten Wohnungen 30 Einheiten übersteigt“.

Das bedeutet, dass nur noch bei Bauvorhaben mit mehr als 30 Wohnungen der sog. Drittmix angewandt werden darf. Es kommt aber gleich danach noch viel toller: „Sofern auf privaten Grundstücken mit geltendem Baurecht mit mehr als 30 Wohneinheiten durch Erteilung von Befreiungen zusätzliche Wohneinheiten genehmigt werden, darf nur bezogen auf die zusätzlich



Das Beispiel Elbtreppehäuser zeigt, dass es auch anders geht. Nach langem Kampf und einem erfolgreichen Bürgerbegehren mit Rückkehrrecht für die BewohnerInnen wurden 4 der 5 Häuser restauriert. An dieser Stelle der Dank der AnwohnerInnen an alle, die sie unterstützt haben. Fotos: Marlit Klaus

durch Befreiung genehmigten Wohneinheiten ein öffentlich geförderter Anteil von bis zu 30% erhoben werden“ Das bedeutet, dass z.B. in einem durch einen Bebauungsplan festgesetzten Baurecht für viergeschossige Wohnungen lediglich für die darüber hinaus genehmigten Wohnungen der sog. Drittmix eingefordert werden darf,

und das auch nur, wenn das Bauvorhaben mehr als 30 Wohneinheiten umfasst.

Konkret: in einem Neubaukomplex mit mehr als 30 Wohnungen, der nach dem Baurecht nur viergeschossige Bebauung zulässt, darf im Falle der darüber hinausgehenden Genehmigung (Befreiung) einer sechsgeschossigen Bebauung verlangt werden, dass in den beiden zusätzlichen Etagen 30% Sozialwohnungen eingerichtet werden müssen. Das sind dann ungefähr zwei geförderte Wohnungen in einem Neubaukomplex mit 60 Wohnungen.

Wenn der Senat nun aber von 3.000 öffentlich geförderten Wohnungen spricht, ist dies entweder eine vorsätzliche Irreführung der Öffentlichkeit, oder er plant, öffentliche Flächen für den sozialen Wohnungsbau zu verkaufen, an die SAGA und andere Wohnungsbauunternehmen, wo dann dieser soziale Wohnungsbau stattfinden soll. In Altona gibt es außer den Feldmarken und den vor allem in den 20er Jahren von der Stadt Altona aufgekauften und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Parks und Grünflächen kein potentielles Bauland mehr.

Im Endergebnis ist dieser Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau eine reine Augenscherelei für die Öffentlichkeit, während das dahinterstehende Bündnis für das Wohnen in Hamburg ein Kniefall des Se-

nats vor den Interessen der Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften ist, der den ohnehin nicht wirklich betriebenen Drittmix faktisch abschafft bzw. zur Farce werden lässt.

Robert Jarowoy,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Altona

Die Verhältnisse in Unterkünften für Geflüchtete anhand des Beispiels der Waidmannstraße.

Für alle sichtbar sind die neu entstandenen Unterkünfte für Menschen, die vor den Verhältnissen fliehen mussten, für die auch Deutschland mit verantwortlich ist. Sie flohen und viele fliehen immer noch, u.a. vor - auch in Deutschland produzierten - Waffen. Sie fliehen vor Despoten und Mördern, die auch durch deutsche Politik unterstützt werden oder sogar an die Macht kamen. Als aktuellstes Beispiel kann wohl die mörderische Politik eines Erdogan gelten, vor der jetzt selbst wieder Menschen in anderen Ländern Schutz suchen.

Die aktuell neu geschaffenen Unterkünfte zur Unterbringung von Geflüchteten scheinen auf den ersten Blick sehr nett und wohnlich zu sein. Auf den zweiten Blick wird klar, dass diese Unterkünfte immer noch Container und damit sehr exponiert sind, sei es durch die äußere Form oder die Farbgebung. Sie wirken fast immer deplatziert, wenn sich „normale“ Wohnhäuser in der Umgebung befinden. Es wird sofort klar, dass hier Geflüchtete leben, sie werden damit als „nicht normale BewohnerInnen“ eines Viertels wahrgenommen. Ich glaube, dass damit Integration verhindert wird. Integration heißt für mich: Sich zurechtzufinden in einer fremden Gesellschaft und auch die Eigenheiten dieser fremden Gesellschaft kennenzulernen und mit ihnen umzugehen, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren. Sonst müsste man von Assimilation sprechen.

Daneben gibt es die Art der Unterbringung, die sich im Stil kaum von den Häusern, die sie umgeben, unterscheiden. Sie sind meistens versteckt, zum großen Teil verrottet und für ihre EigentümerInnen zu Gelddruckmaschinen geworden. Was für Missstände in solchen Unterbringungen herrschen können und wie wenig die BetreiberInnen sich um angemessene Verhältnisse kümmern, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen:

Die Unterbringung in der Waidmannstraße wird, ebenso wie die anderen Unterkünfte, durch „fördern und wohnen AöR (Anstalt öffentlichen Rechts)“ betrieben.

Eine Anstalt des öffentlichen Rechts

ist erstmal nichts weiter als eine Verwaltungseinheit, die mit einer öffentlichen Aufgabe ausgestattet wird. Dies wird ihr per Gesetz zugewiesen. Meistens werden Anstalten öffentlichen Rechts rechtlich aus der allgemeinen Staatsverwaltung ausgegliedert. Somit sind sie staatlich organisiert,

werden aber nach privatrechtlichen Kriterien behandelt. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sie ihre eigene „Suppe kochen“ können und einer parlamentarischen und demokratischen Kontrolle entzogen werden.



Ratten gelten seit jeher als Krankheitsüberträger, die auch heute noch über 70 Krankheiten auf den Menschen übertragen können. Höchst bedenklich, wenn sich Ratten in der Nähe von Kinderspielplätzen breit machen.
Bildquelle: Wikipedia (public domain).

Vor einer Weile bekam ich - nicht zum ersten Mal - einen Hilferuf aus der Waidmannstraße. Mir wurde über einen Ungezieferbefall berichtet und über die Weigerung der Leitung, diesen zu bekämpfen. Daraufhin habe ich mich mit den Hilferufenden getroffen, und mir wurde von einer starken Rattenplage berichtet. Die Ratten würden auch in die Unterbringungen eindringen und hätten bereits einen Menschen gebissen.

Die Haltung der für die Unterbringung Verantwortlichen war, die Geflüchteten seien selber schuld, was nur als Zynismus bezeichnet werden kann. Die BewohnerInnen versicherten mir, dass sie im Rahmen der Möglichkeiten, die es dort gibt, Ordnung und Sauberkeit halten würden, gerade auch im eigenen Interesse, da sie furchtbare Angst vor den Ratten hätten.

Bei einem zweiten Besuch fand ich auf offener Straße eine Ratte vor, die sich vollkommen ungeniert dort bewegte.

Ich wurde auf einen „Spielplatz“ mitten in einem großen Sandkasten hingewiesen, der nach Aussage der BewohnerInnen noch niemals frischen Sand gesehen hat - was ich glaube. Denn der Sand sieht noch genauso aus wie bei meinem allerersten Besuch, der nun schon Jahre zurückliegt.

Vergegenwärtigen muss man sich, dass dieser Sand, in dem Kinder spielen, sicherlich von Ratten verunreinigt wird.

In der Rattenverordnung Hamburg ist zu lesen, dass Ratten Vorrats- und Materialschädlinge sind und dass sie Krankheiten übertragen, die Menschen und Tieren gefährlich werden können. Treten die Ratten

sichtbar gehäuft auf, besteht eine Meldepflicht an das Institut für Hygiene und Umwelt. Dieses Institut wird dann bestimmte Maßnahmen einleiten.

Damit wird klar, wie wenig die Stadt sich

um die Menschen schert, die dort ausgegrenzt leben müssen, ohne jede Chance auf Integration oder Teilhabe an unserer Gesellschaft. Viele Menschen leben in solchen Unterkünften bereits seit vielen, vielen Jahren in der sogenannten „Duldung“.

Eine „Duldung“ nach dem „Ausländerrecht“

Sobald die Abschiebung eines Geflüchteten vorübergehend ausgesetzt wird, so wird dies als „Duldung“ bezeichnet. Wenn Menschen Deutschland nach dem Ausländerrecht zwar verlassen müssten, ihre Abschiebung aber aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist und ihnen keine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erteilt wurde, wird der Aufenthalt dieser Menschen geduldet. Erst wenn klar ist, dass in absehbarer Zeit nicht mit dem Wegfall des Ausreisehindernisses zu rechnen ist, wird eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Diese Menschen befinden sich somit in einem Schwebezustand zwischen Hoffen und Bangen, denn sie könnten täglich abgeschoben werden. Eine „Duldung“ kann jederzeit per Verwaltungsakt aufgehoben werden.

Nach unserer Intervention wurden dann endlich von „fördern und wohnen“ Schritte zur Bekämpfung der Ratten unternommen. Letztlich geht es aber darum, dass die Menschen nicht länger in solchen Unterkünften leben müssen, sondern in Wohnungen und als Nachbarn unter uns.

Horst Schneider,
Mitglied der Linkenfraktion Altona

Der Einsatz von 1€-Jobbern gegen Obdachlose

Die Geschichte mit den 1€-Jobs ist ein Desaster. Statt einen zweiten Arbeitsmarkt wieder zu etablieren, wie es ihn zu ABM-Zeiten gab, wird stur an dem Konzept der Zwangsvermittlung und „Zwangs“arbeit festgehalten, wobei immer unterstellt wird, dass die Menschen ohne Erwerbsarbeit arbeitsscheu seien. Seit Jahren versuchen auch wir in unserem Handlungsrahmen die Diskussion um den Arbeitsmarkt und dessen Organisation zu befördern. Die an den verschiedenen Regierungen beteiligten Parteien allerdings entziehen sich dieser notwendigen Reflexion und sehen das System der 1€-Jobs als alternativlos.

Welche Blüten dabei entstehen, wurde unlängst bei der Reinigung und Räumung der Grünfläche am Nobistor deutlich. Seit Jahren nächtigen und leben Obdachlose in der Grünfläche zwischen Louise-Schroeder-Straße und Königstraße. Beschwerden von AnwohnerInnen wegen Vermüllung und Verkotung ging das Amt nach. Da im Grünbereich kaum mehr ausreichendes Personal existiert und Parkpflege in der Regel per Ausschreibung und Fremdvergabe organisiert wird, muss irgendjemand im Geflecht des Bezirksamtes auf den Gedanken gekommen sein, man könne für diese Notmaßnahme 1€-Kräfte einsetzen, die bei einem Beschäftigungsträger zwecks Steigerung ihrer

Vermittlungsfähigkeit beschäftigt werden. Bei dieser tags zuvor angekündigten Maßnahme wurden gleichzeitig die Habseligkeiten der Obdachlosen im Park „entsorgt“.

Im Protokoll des Grünausschusses ist nachlesbar, dass der hierfür verantwortliche Mitarbeiter des Bezirkes die Aktion als etwas empfindet, was das Problem nicht löst.

In der Presse wurde darüber berichtet und insbesondere hinz&kunzt wies darauf hin, dass es in Hamburg an niedrigschwelligen Unterkunftsmöglichkeiten für Obdachlose mangelt. Die Vertreter der Hamburgischen Verwaltung und des Senates ducken sich vor differenzierenden Kommentaren weg. Im Hintergrund wabert der Glaube, würde man Obdachlosen Unterkunftsmöglichkeiten anbieten, dann führte das dazu, dass mehr Menschen in prekären Lebensumständen nach Hamburg gelockt würden. Da aber bisher nie ausreichend menschenwürdige Angebote für die in Hamburg lebenden Obdachlosen geschaffen wurden, man also gar nicht sagen kann, wie viele zusätzliche Menschen nach Hamburg verschlagen würden, dient diese Haltung einzig und allein dazu, gesamtgesellschaftlich notwendige Ausgaben zu unterlassen und den Hamburger Haushalt von diesem sozialen Aufwand freizuhalten.

Mit dieser auf verschiedenen Ebenen von Politik und Verwaltung existierenden Haltung wird dann etwas praktiziert, was in

höchstem Maße widerwärtig und zynisch ist. Arbeitslose, die sich in einer 1€-Zwangsmaßnahme befinden, werden eingesetzt, um einen Park von Obdachlosen zu befreien.

Natürlich könnte stattdessen auch über die Organisation eines zweiten Arbeitsmarktes nachgedacht werden. Das aber setzte die Bereitschaft zum Diskurs voraus. Es gibt Arbeitslose und es gibt Obdachlose. Man könnte Arbeit und den Bedarf nach sozialen Leistungen zusammenführen. Wenn Menschen für soziale Ausgleichstätigkeiten versicherungspflichtig beschäftigt werden, würde das die herabwürdigende Diskussion um AlmosenempfängerInnen auflösen. In hochtechnisierten Industriegesellschaften werden bei der derzeit geltenden Arbeitszeitregelung relativ wenig Arbeitskräfte benötigt, um die Konsumbedarfe der Gesellschaft zu befriedigen. Wenn wir weiterhin am Konzept einer solidarischen Gesellschaft festhalten und uns nicht den amerikanischen Wahn zum Vorbild nehmen wollen, dann müssen wir der Arbeit für den Zusammenhalt der Gesellschaft mehr Bedeutung zuordnen. Die Kosten dieser erweiterten definierten sozialen Arbeit sind notwendige (Infra-)Strukturkosten. Und da wir in Europa ja durchaus unterschiedliche Konzeptansätze zur Gesellschaftsintegration haben, könnte man sich mal wieder die Organisation der skandinavischen Gesellschaften ansehen.

Damit würde auch verhindert, dass in Ausschuss- und Plenumsdiskussionen der Bezirksversammlung Kritik an unsinnigen Maßnahmen als persönliche Beleidigungen missgedeutet werden muss, anstatt die Kritik als Versuch wahrzunehmen, eine Diskussion zur Behebung von Mängeln in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben einzuleiten.



Diese Wiese am Nobistor, gleich neben dem jüdischen Friedhof wurde geräumt. Die wenigen Habseligkeiten der Obdachlosen im Park wurden einfach vernichtet. Foto: Birger Gentle

Wolfgang Ziegert,

Mitglied der Linksfraktion Altona

Das Kino 3001 braucht unsere Unterstützung!

1. Schikanen der Gebrüder Schommartz gegen das Kino 3001

Nachdem die Mieterinnen und Mieter im Schanzenhof zum größten Teil ausgezogen sind - sie können die Erhöhung der Gewerbemiete von 8,50 auf 14 Euro nicht bezahlen oder ihnen wurde trotz Zahlungsbereitschaft gekündigt - und das alternative Hotel und Biorestaaurant Schanzenstern dem Pyjama-Hotel

des Hoteliers Behrmann weichen musste, ist jetzt das Kino dran.

Die alten Verträge von Kino und Volkshochschule laufen allerdings erst 2021 aus. Das scheint den Gebrüdern Maximilian und Moritz Schommartz, die den Schanzenhof 2013 für 8,5 Millionen Euro kauften, ein Dorn im Auge zu sein. Offenbar geht es dabei neben der Gewinnmaximierung auch darum, alternative Projekte

aus dem Schanzenhof zu entfernen, selbst wenn sie gewillt sind, auf die drastische Mieterhöhung einzugehen. Sie sind unbequem, wehren sich und stehen damit der weiteren Gentrifizierung im Weg.

Seit Jahren hat das Kino 3001 ein paar Stühle, Tische und Fahrradständer vor dem Kino stehen sowie ein kleines Sonnensegel gespannt. Nun wurde das Kino vom Eigentümer aufgefordert, diese Gegenstände



Die Fassade des Kinos 3001. Foto: Birger Gente

de aus dem Innenhof zu entfernen. Bisher hatte das niemanden gestört, ganz im Gegenteil. Reine Schikane! Kurze Zeit später sollten auch die Schaukästen, die das Filmprogramm ankündigen, von den Fassaden entfernt werden. Wegen unerlaubter Nutzung des Innenhofes erhielt das Kino Abmahnungen mit Kündigungsandrohung. Nach massiven Protesten und Demonstrationen zeigen sich die Eigentümer inzwischen gesprächsbereit. Sie bieten dem

Kino einen Vertrag und die Weiternutzung der Werbeflächen über das Jahr 2021 hinaus an. Die Betreiber des Kinos bleiben skeptisch, sie haben erfahren, wie mit den anderen Mietern umgegangen wurde. Insbesondere der Schanzenstern wurde lange in dem Glauben belassen, Hotel und Restaurant könnten bei Erfüllung der Forderung der Gebrüder Schommantz weitergeführt werden, bis sich dann herausstellte, dass schon Jahre hinter dem Rücken des

Schanzenstern mit dem Pyjama-Hotel verhandelt wurde.

2. Bei Geld hört auch beim FC St. Pauli die Freundschaft auf

Der FC St. Pauli hat nicht gerade Solidarität mit dem Kino 3001 bewiesen. Ganz im Gegenteil! Nachdem das Kino 3001 über 10 Jahre das Open-Air-Kino am Millerntor betrieben hatte, wechselte der FC St. Pauli zu einem anderen Anbieter! Aus „wirtschaftlichen Gründen“ bietet jetzt die „Outdoor Cine GmbH“ die Filmnächte am Millerntor an. „Die Kleineren werden mal wieder von den Größeren weggedrängt“, sagt Carl Schröder vom 3001. „Wir hatten uns mit dem FCSP verständigt, dass wir eine nichtkommerzielle Nische gestalten wollten. Deshalb haben wir auch immer auf Werbung verzichtet und Angebote von Werbefirmen ausgeschlagen. Jetzt hat uns der Verein mitgeteilt, dass sein Wirtschaftsprüfer findet, man könne die Südtribüne nicht länger fast umsonst weggeben.“ (St. Pauli-Blog) Es ist zu hoffen, dass die FC St. Pauli-Fans das nicht einfach hinnehmen werden!

Hamide Scheer

Personalmangel führt zu langen Wartezeiten im Kundenzentrum

Kundenzentrum – so heißen seit einiger Zeit die Bürgerbüros der Bezirksämter. Diese Bürgerbüros erbringen hoheitliche Leistungen. Und wenn – wie in den letzten Jahren – wegen Ausdünnung des Personals diese notwendigen Leistungen nicht mehr zeitnah erbracht werden können, dann muss dringend über die Mängel der Verwaltungsorganisation geredet werden. Das Desaster, dass man sechs Wochen auf die Neuausstellung eines Passes warten muss oder mehrere Monate allein auf einen festen Termin, ist allgemein bekannt. Selbst der Landesrechnungshof kritisiert, dass Verwaltungspersonal abgebaut wurde, bevor die neuen digitalen Konzepte der Verwaltungsorganisation erprobt worden sind. Seit über zweieinhalb Jahren bemängeln wir das praktizierte Konzept des Personalabbaus, das den einzelnen MitarbeiterInnen in der Verwaltung immer mehr Arbeit aufbürdet, die nicht mehr zu schaffen ist. Unsere Bezirksfraktion hatte sich vor Jahren die Mühe gemacht, das Organigramm der Altonaer Verwaltung als Grundlage einer Großen Anfrage unserer Fraktion zu nehmen. Mit der Beantwortung wurde deutlich, in welchem Maß Personal-

abbau im Bezirksamt stattgefunden hatte. Wir kritisieren auf dieser Grundlage seit Jahren, dass die Spitzen der Altonaer Verwaltung sich den Senatsvorgaben zur Kostenreduktion der dezentralen Verwaltung unterworfen haben und dabei ihrer Fürsorgepflicht für die MitarbeiterInnen des Bezirksamtes nicht gerecht geworden sind. Parallel zur Personalausdünnung besteht die Tendenz, die Hamburgische Verwaltung auf die Fachbehörden hin zu zentralisieren, was die Bürgernähe der Verwaltung eines demokratischen Staatswesens tendenziell aufhebt. Damit wird die demokratische Kontrollierbarkeit von Verwaltungsgeschehen erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Immer wieder haben wir und auch andere Fraktionen diesen Mangel zum Thema in der Bezirksversammlung gemacht. Statt die vorgetragene Kritik zum Anlass für eine Analyse von Organisations- und Personalveränderungen zu nehmen und offensichtliche Fehlentwicklungen zu beheben, empfanden die Verwaltungsspitzen unsere Hinweise häufig als unbillige Anwürfe. Wir unterstellen, dass Mängel in der Verwaltungsorganisation wie auch in der Personalentwicklung den verantwortlichen Leitungsorganen bekannt sein müssen. Wenn diese Mängel dann nicht behoben werden, ist anzunehmen, dass man sich dort politischen Entscheidungen unterwirft, die schädlich für die demokratische Struktur einer Ver-



Der Eingangsbereich des sogenannten „Kundenzentrums“ in der Holländischen Reihe. Foto: Birger Gente

waltung sind. Wenn dem so ist, wäre eine Diskussion über die Aufgabe einer Verwaltung in einem demokratischen System unerlässlich. Dazu gehört auch die Reflexion der Rolle von Leitungsfunktionen. Wenn durch Personalabbau und Verdichtung von notwendig erscheinenden Dokumentationsaufgaben z.B. MitarbeiterInnen ihre sozialen Aufgaben nicht mehr mit der gebotenen Aufmerksamkeit erfüllen können, gehört es zur organisationskompetenten Fürsorgepflicht von Trägern der Leitungsfunktion, hier unverzüglich einzugreifen und Personalengpässe zu beheben und Kritik nachdrücklich den übergeordneten Verwaltungseinheiten vorzutragen, auch auf die Gefahr hin, sich dann dort nicht nur beliebt zu machen.

Wolfgang Ziegert,
Mitglied der Linksfraktion Altona

Senat pfeift auf die Gesundheit der BürgerInnen!

Immer noch giftige Stickoxide in der Max-Brauer-Allee
Müssen die AnwohnerInnen der Max-Brauer-Allee erst Blockaden bauen und den Verkehr zum Erliegen bringen, damit sie gehört werden? Ist es das, was sich der Senat wünscht? Vielleicht würde sich schnell was ändern, wenn der Wirtschaftsminister Horch zusammen mit Hamburger Wirtschaftsführern mal einige Zeit eine Wohnung in der Max-Brauer-Allee beziehen würde und dort die gleiche gesundheitsgefährdende, giftige Luft einatmen müsste wie die AnwohnerInnen. Dann müssten in der Max-Brauer-Allee einmal Umweltschutz und Gesundheit der BürgerInnen nicht vor den Wirtschaftsinteressen zurücktreten.

Die AnwohnerInnen können immer noch nicht durchatmen, denn an der regelmäßigen Überschreitung der zulässigen Höchstgrenze für giftige Stickstoffdioxide (NO₂) um mehr als 50% in der Max-Brauer-Allee hat sich nichts geändert. Und das, obwohl es ein rechtskräftiges Urteil gibt, das die Stadt Hamburg zur Einhaltung der zulässigen Höchstgrenzen verurteilt hat. Warum handelt der Senat nicht? Bedeutet ihm die Gesundheit seiner BürgerInnen so wenig? Beim Überschreiten der zulässigen EU-Immissionsrichtwerte muss die zuständige Behörde für Umwelt und Energie einen **Luftreinhalteplan** aufstellen, der die Maßnahmen beschreibt, die zukünftige Überschreitungen der Schadstoffhöchstgrenzen dauerhaft verhindern sollen. Einen solchen Luftreinhalteplan für die Stadt Hamburg gibt es seit 2012. Geändert hat sich an der regelmäßigen Überschreitung der zulässigen Höchstgrenzen für Stickstoffdioxid seitdem trotzdem nichts. Das Papier auf dem der Luftreinhalteplan steht, ist geduldig – bzw. nichts wert.

Die Fakten:

Die Max-Brauer-Allee ist eine der Straßen, in denen die zulässige Höchstgrenze für Stickoxid regelmäßig überschritten wird, und zwar im Jahresdurchschnitt um die Hälfte der zulässigen Höchstgrenze von 40 Mikrogramm auf über 60 Mikrogramm pro Kubikmeter Atemluft.

Seit 2010 gilt in der Europäischen Union ein verbindlicher Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Atemluft.

Stickstoffdioxid (NO₂) ist ein Luftschadstoff. Der Straßenverkehr stellt eine der Hauptquellen für das Vorkommen dieser Verbindungen in der Umwelt dar. In der Max-Brauer-Allee werden die giftigen Stickstoffdioxide zu 75% durch den Straßenverkehr verursacht: aus den Auspuffrohren tausend-



Die Luftmeßstation (l.) an der Max-Brauer-Allee. Hinter der Kreuzung (r.) das Gymnasium Allee. Foto: B. Gente

der Autos, LKW, Busse und Motorräder. Dieselfahrzeuge haben dabei einen höheren Ausstoß an NO₂ als andere Fahrzeuge. Die höchsten Konzentrationen von Stickstoffdioxid werden regelmäßig an eng bebauten und viel befahrenen Straßen gemessen, weil sich Autoabgase dort nicht ungehindert ausbreiten können und dadurch nur langsam in der Atmosphäre „verdünnt“ werden, so wie in der stark befahrenen, vierspurigen Max-Brauer-Allee mit dichter Wohnbebauung. Die AnwohnerInnen dort atmen das Reizgas Stickstoffdioxid Tag und Nacht ein. Wegen seiner geringen Wasserlöslichkeit wird Stickstoffdioxid beim Einatmen bis tief in die Lunge transportiert. Es besteht ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, an Bronchitis, Asthma, Herz-Kreislauf-Problemen, Krebs und – wie eine Untersuchung ergab – sogar Diabetes zu erkranken. Bestehende Erkrankungen werden verschlimmert. **In verschiedenen Studien wurde festgestellt, dass sich die Lungenfunktion sogar schon bei Kurzzeitbelastung mit Stickstoffdioxid verschlechtert und auch zu einer höheren Gesamtsterblichkeit führt!** (Quelle: Studienergebnisse im European Respiratory Journal Express –ERJ– vom 15. März 2006, Spiegel Online 30.5.2006; Gesundheitliche Wirkungen von Feinstaub und Stickstoffdioxid im Zusammenhang mit der Luftreinhalteplanung, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, Oktober 2010).

Das Urteil:

Ein Anwohner und der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) klagten gegen die Stadt Hamburg auf Einhaltung der zulässigen Höchstgrenzen an Stickstoffdioxid. Das Verwaltungsgericht gab der Klage statt und hat die Stadt Hamburg am 5. November 2014 dazu verurteilt den gültigen Luftreinhalteplan so zu ändern, dass dieser die erforderlichen Maßnahmen zur schnellst-

möglichen Einhaltung des Immissionswertes enthält, da die bisherigen Maßnahmen es nicht geschafft haben, die Überschreitung mit Stickstoffdioxid zu reduzieren und die Höchstgrenzen einzuhalten. Der Senat lässt sich dabei viel Zeit. Im März 2016 hat der BUND ein Zwangsgeld gegen die Stadt Hamburg beantragt. Das Verwaltungsgericht hat in seinem Beschluss vom 18. Juli 2016 der Stadt Hamburg bis Ende Juni 2017 Zeit gegeben, den Luftreinhalteplan aufzustellen. Der Senat muss außerdem die Wirksamkeit der aufgeführten Maßnahmen darlegen, hat aber Beschwerde gegen den Beschluss eingelegt. Die AnwohnerInnen und alle Menschen, die regelmäßig in der Max-Brauer-Allee zu Fuß, per Fahrrad oder auch mit dem Auto oder Bus unterwegs sind, sind daher bis auf Weiteres den unzulässig hohen und stark gesundheitsgefährdenden und giftigen Stickstoffdioxiden ausgesetzt. Spielt der Senat auf Zeit? Glaubt er selbst nicht an die Wirksamkeit der Maßnahmen, an denen er arbeitet und die für die Einhaltung der Höchstgrenzen gelten sollen? Gibt es keine **Sofortmaßnahmen**, die ergriffen werden können, um zumindest die permanente Überschreitung der zulässigen Höchstwerte an Stickstoffdioxid zu unterbinden und dadurch die Gesundheit der Menschen nicht mehr so stark zu gefährden?

Die Initiative „Tempo 30 auf der Max-Brauer-Allee“ streitet für die schnelle Einführung einer Tempo 30 – Zone auf der Max-Brauer-Allee, um den Verkehr zu entschleunigen und das Verkehrsaufkommen zu verringern. Dies ist zwar keine grundsätzliche Lösung, wäre aber eine schnell einzuführende Maßnahme. Warum ist das für Sie keine Option, Herr Umwelt-Senator Kerstan? Berlin hat gute Erfahrungen gemacht mit Umwandlung von Hauptverkehrsstraßen mit hohen NO₂-Belastungen in Tempo-30-Zonen, die Belastung mit Stickstoff-

dioxid konnte so um bis zu 17% gesenkt werden. Das liegt nicht allein daran, dass der Ausstoß bei Temporeduzierung geringer wird, sondern auch, weil der Verkehr bei Tempo 30 nachweislich besser fließt und damit Bremsen und Anfahren reduziert werden. Tempo 30 in Wohngebieten hat natürlich noch die Vorteile der Lärmreduzierung und der Sicherheit. 17 % Schadstoffverringerung reichen aber natürlich nicht aus! Letztlich kann nur ein Durchfahrverbot für LKWs und Dieselfahrzeuge mit ungenügender Abgasreinigung wirklich Abhilfe schaffen. Auch an die Einführung einer Umweltschilde wäre zu denken. Um den Umstieg vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel wie Busse, U- und S-Bahnen zu fördern, müssten die Fahrpreise für den ÖPNV sehr viel günstiger sein.

Warum nimmt der Senat die Gesundheit seiner BürgerInnen und die Einhaltung der EU-Werte für Stickstoffdioxide nicht ernst? Seit Jahren werden die Grenzwerte überschritten, wirksame Sofortmaßnahmen unternimmt

der Senat nicht. Wie viele Jahre will der Senat das Problem noch vor sich herschieben? Angesichts der alarmierenden Studienergebnisse zur Gesundheitsgefährdung von NO₂, selbst bei kurzfristiger Exposition, sind die von der EU festgelegten Höchstwerte von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresdurchschnitt für Stickstoffdioxid eh schon sehr (zu?) hoch angesetzt.

Ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wurde wegen dauerhafter Überschreitung der zuständigen Höchstwerte an Stickstoffdioxiden in verschiedenen deutschen Großstädten von der Europäischen Kommission auch schon eingeleitet. Es drohen hohe Strafen. Um die zu verhindern, müssen die betroffenen Bundesländer wirksame Maßnahmen ergreifen. Für den Senat ist es 5 vor 12, er muss endlich handeln.

Die Bewohnerinnen vom Seniorinnenstift Nyegaard (Altonaer Schlößchen) leiden unter den Umweltbelastungen und klagen über Atemwegserkrankungen wie Asthma

und über Herz-Kreislaufprobleme (Quelle: Hamburger Abendblatt v. 11.6.2016: Lärm, Abgase, Staus, Max-Brauer-Allee sorgt für Ärger). Sie demonstrieren mit anderen AnwohnerInnen jeden Mittwoch zwischen 18 und 19 Uhr an der Gerichtstraße für Tempo 30. Am 15. Juni 2016 fand eine größere Demo für Tempo 30 statt, unterstützt u.a. von BUND und ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub e.V.), auch DIE LINKE Altona beteiligte sich.

Was bringt die Zukunft?

Herr Umweltsenator Kerstan, in mehreren wissenschaftlichen Studien wurde die Gefährlichkeit von Stickstoffdioxid bewiesen, trotzdem werden sie regelmäßig und zwar schon jahrelang an der Max-Brauer-Allee um mehr als 50% überschritten. Warum ändert sich daran nichts? Wie erklären Sie den BürgerInnen, dass Wirtschaftsinteressen über den Interessen der AnwohnerInnen und dem Erhalt ihrer Gesundheit stehen?

Anja Szibalski, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit

Die Partnerschaft mit Maltepe und die Altonale 2016

Seit Mitte 2015 gibt es eine Partnerschaft zwischen dem Istanbul-Bezirk Maltepe und dem Bezirk Altona. Dies hat die Bezirksversammlung auf Antrag von Grünen und SPD beschlossen; die CDU war dagegen, und die Linksfraktion hat sich enthalten. Wir wollten trotz unserer Kritik an Ali Kılıç (CHP), dem Bürgermeister von Maltepe, nicht den Eindruck erwecken, dass wir kulturelle und soziale Projekte und internationale Beziehungen verhindern oder ihnen schaden wollen. Unser eigentlicher Wunsch war es, eine echte Partnerschaft und Solidarität mit einer kurdischen Stadt aufzubauen, die gerade mehr Solidarität und Hilfe braucht.

Der Beschluss zu einer Partnerschaft mit Maltepe ist im Oktober 2015 mit einer zweitägigen Tagung in Maltepe-Istanbul gefeiert und der Vertrag von dem Istanbul-Bezirks-Bürgermeister und der Altonaer Bezirksamtsleiterin unterzeichnet worden. Hauptthemen der Tagung waren Kultur (Beispiel Altonale) und Migration (Flüchtlinge) mit entsprechenden Arbeitsgruppen. Am Ende wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie ein Großbauprojekt für Messen und eine Kongresshalle in Maltepe vorgestellt, letzteres vom Münchner Ex-Bürgermeister Ude und seinem damaligen persönlichen Referenten, dem jetzigen Bezirksbürgermeister von Maltepe, Ali Kılıç. Die diesjährige Altonale hat dann Maltepe im Zuge dessen zur diesjährigen Partner-

stadt gewählt. Unsere Fraktion hat mit allen Kräften zu verhindern versucht, dass das türkische Konsulat zur Eröffnung der Altonale eingeladen wird. Wir wollten nicht dulden, dass hier in Altona Vertreter der Türkei gewürdigt werden, während in der Türkei und Kurdistan die Menschenrechte mit Füßen getreten und in Kurdistan viele Städte zerstört und hunderte Menschen getötet werden.

Unsere Forderung war: Ja zu kulturellen und sozialen Projekten und Nein zur Lobbyarbeit für Großbauprojekte wie Messehallen und Nein zu einer Plattform für türkische nationalistische Propaganda durch den Generalkonsul. Auf unseren Druck hin wurde das Konsulat tatsächlich nicht zur Eröffnungsveranstaltung eingeladen. Aber dann begann Maltepes Bürgermeister Ali Kılıç einen Eiertanz. Als der Bundestag am 2.6.2016 mit den Stimmen aller Parteien seine Armenien-Resolution beschlossen hat, hat Herr Kılıç eine Erklärung abgegeben, dass er deshalb nicht nach Altona kommen wolle, weil durch diese Resolution das Türkentum beleidigt und die nationale Einheit der Türkei angegriffen würde. Unsere Fraktion hat diese Haltung sehr scharf kritisiert. Mit einem Antrag haben wir versucht, dass auch die Bezirksversammlung Altona die Resolution des Bundestages übernimmt. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit und wurde an einen Ausschuss überwiesen, wo er dann endgültig fast ohne jede Öffentlichkeit einstimmig abgelehnt wurde.

Fazit: Wir haben 3-4 Monate lang mit großem Nachdruck versucht zu verhindern, dass die Vertreter des türkischen Staates eine Eröffnungsrede halten. An diesem Punkt konnten wir uns durchsetzen. Die Möglichkeit einer Rede für soziale und kulturelle Zusammenarbeit wurde von Ali Kılıç selbst verspielt. Während der Altonale wurde trotzdem ein Film aus Istanbul („Toz Bezi – Dust Cloth“) gezeigt, der auch früher bei den kurdischen Filmtagen in Hamburg gezeigt wurde. Das Zeigen dieses Films war vielleicht bisher der einzige positive Aspekt dieser Partnerschaft. Wir werden weiterhin kritisch beobachten, wohin diese Partnerschaft sich entwickelt.

Hasan Burgucuoğlu, Mitglied der Linksfraktion Altona

MILLION ARMENIANS KILLED OR IN EXILE

American Committee on Relief
Says Victims of Turks Are
Steadily Increasing.

POLICY OF EXTERMINATION

More Atrocities Detailed in Support
of Charge That Turkey is
Acting Deliberately.

*Ausschnitt New York Times, 15. Dezember 1915.
Von Ausrottungspolitik (policy of extermination)
ist die Rede. Das der Bundestag den Völkermord
als solchen benennt, war Grund für Kılıçs Absage.*

Bezirksfraktion DIE LINKE Altona



Das Foto zeigt die Mitglieder der Linksfraktion Altona mit ihrer Geschäftsführerin.

von links nach rechts:

Wolfgang Ziegert

Horst Schneider

Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender

Mandy Gutierrez Plasser, Geschäftsführerin

Hasan Burgucuoglu

Karsten Strasser, stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Blanca Merz

Mehr Infos: www.linksfraktion-altona.de

So sind wir zu erreichen:

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Am Felde 2 (im Hinterhof rechts)

22765 Hamburg

Tel: 040 – 25 49 55 47

Email: mandy.gutierrezplasser@linksfraktion-altona.de

In der Regel sind wir montags bis donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr erreichbar

DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung tagt jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Es lohnt sich auf jeden Fall, den Volksvertreterinnen und Volksvertretern zuzuhören!

Es gibt folgende Ausschüsse:

1. Hauptausschuss, 2. Ältestenrat/Geschäftsordnungsausschuss, 3. Haushalts- und Vergabeausschuss, 4. Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren, 5. Flüchtlinge, 6. Jugendausschuss, 7. Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten des Jugendhilfeausschusses, 8. Ausschuss für Kultur und Bildung, 9. Verkehrsausschuss, 10. Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, 11. Planungsausschuss, 12. Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung, 13. Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit, 14. Bauausschuss

In diesen Ausschüssen arbeiten neben den Fraktionsmitgliedern zubenannte Bürgerinnen und Bürger. Nicht alle gehören der Partei DIE LINKE an, sympathisieren aber mit unserer Politik.

Bis auf den Bauausschuss und den Ältestenrat tagen alle Ausschüsse öffentlich und es können am Anfang der Sitzung eingereichte Fragen gestellt werden.

Mehr Infos:

www.hamburg.de/bezirksversammlung-altona/

Impressum:

Redaktion der Fraktion: Robert Jarowoy, Blanca Merz, Wolfgang Ziegert
V.i.S.d.P.: Robert Jarowoy • Am Felde 2 • 22765 Hamburg

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Titelfoto: Hinrich Schulze, aufgenommen bei der Veranstaltung „Flüchtlinge und Nachbarn im Dialog“ auf dem Kemal-Altun-Platz.

Fortsetzung des offenen Briefes von Seite 4, Thema
 "Soll das erfolgreiche Bürgerbegehren ausgehebelt werden?"

Es geht um die verbindliche Festschreibung eines Bebauungsplans – nicht um Pläne über Form und Farbe einer Neubebauung.

Dies hatten die Initiative „Spritzenplatz bleibt!“, mehr als 7.000 Unterzeichner und Unterzeichnerinnen des Bürgerbegehrens UND die Bezirksversammlung Altona ausdrücklich gefordert. Offensichtlich soll das erfolgreiche Bürgerbegehren ausgehebelt werden – mit schönen Worten wie „Planungswerkstatt“ und „breite Öffentlichkeit“.

Um Antwort wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen
 Initiative „Spritzenplatz bleibt!“

*Die Bezirksversammlung hat Sommerpause - somit übernimmt der Hauptausschuss entsprechende Aufgaben.

** Der Bebauungsplan enthält die rechtsverbindlichen Festsetzungen über die städtebauliche Ordnung. Er regelt welche Nutzungen auf einer Fläche zulässig sind wie z.B.: Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, Anzahl der Geschosse, Verkehrsflächen.

*** An einer Planungswerkstatt nehmen in der Regel ca. 70 Menschen teil. Das Bürgerbegehren wurde von mehr als 7.000 unterzeichnet.



Freie und Hansestadt Hamburg
 Bezirksversammlung Altona

Drucksachen–Nr.: 20-2630

Beschlussempfehlung öffentlich

Beratungsfolge		Datum
	Gremium	
Öffentlich	Hauptausschuss	11.08.2016

Verfahren Spritzenplatz Beschlussempfehlung des Planungsausschusses

Mit dem Bebauungsplan Ottensen 69 wird die ortsbildprägende Bebauung am Spritzenplatz planungsrechtlich gesichert. Im Hinblick auf städtebauliche Entwicklungen sind jedoch auch Perspektiven aufzuzeigen. Die Eigentümerin der Grundstücke Ottenser Hauptstraße 23 bis 27 und Bahnenfelder Straße 102 möchte zeitnah eine ortsbildverträgliche Bebauung realisieren.

Das Bezirksamt Altona wird gebeten, im Rahmen einer offenen Planungswerkstatt eine öffentliche Diskussion zur städtebaulichen Gestaltung am Spritzenplatz durchzuführen und von einer breiten Öffentlichkeit getragene Gestaltungsanforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Planungswerkstatt sollen in eine Architekturwerkstatt einfließen und als Grundlage für eine Neubebauung am Spritzenplatz fungieren. Nach Schätzungen des Bezirksamtes Altona belaufen sich die Kosten für die Planungswerkstatt auf rund 7.000 Euro (siehe Anlage).

Der Planungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Hauptausschuss, stellvertretend für die Bezirksversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung wird ein Betrag in Höhe von bis zu 7.000 Euro für die Durchführung einer Planungswerkstatt aus den politischen Anreiz- und Fördersystemen zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der Sommerpause wird der Hauptausschuss gebeten, stellvertretend für die Bezirksversammlung zu beschließen, um Verzögerungen im Verfahren zu vermeiden. Die nächste Sitzung des Haushalts- und Vergabeausschusses findet erst am 20.09.2016 statt.

Petition:
 Der Hauptausschuss wird stellvertretend für die Bezirksversammlung um Zustimmung gebeten.

Die Beschlussempfehlung zur Sache „Verfahren Spritzenplatz“.

Herzlich Willkommen

Am Sonntag den 28.8.2016 fand in unserem Parteibüro Am Felde 2 die erste diesjährige Neumitgliederbegrüßung statt. Wir trafen uns mit den kürzlich eingetretenen Genossinnen und Genossen zu einem informativen Brunch, um sie in unserer Partei willkommen zu heißen. Während der Gespräche stellten sich Mitglieder des

Partei Vorstandes vor und beschrieben die vielfältigen Möglichkeiten sich in der Partei zu engagieren. Nachdem der erste Hunger gestillt war, stellten sich für Bezirksfraktion Robert Jarowoy, Blanka Merz und Hasan Burgucuoğlu und für Bürgerschaftsfraktion Norbert Hackbusch vor und berichteten über ihre Arbeitsbereiche.

Nach gut drei Stunden konnten wir, nach vielen interessanten Diskussionen und persönlichen Eindrücken, die Veranstaltung erfolgreich beenden. Wir möchten diese Art des Zusammenkommens, vor allem für Neumitglieder, von jetzt an häufiger, etwa drei Mal im Jahr, anbieten. Der nächste Termin wird für Winter 16/17 geplant. Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Hamide Scheer
 und Nico Scharfe



Gesprächige Runde mit alten und neuen Mitgliedern im Parteibüro. Foto: Nico Scharfe

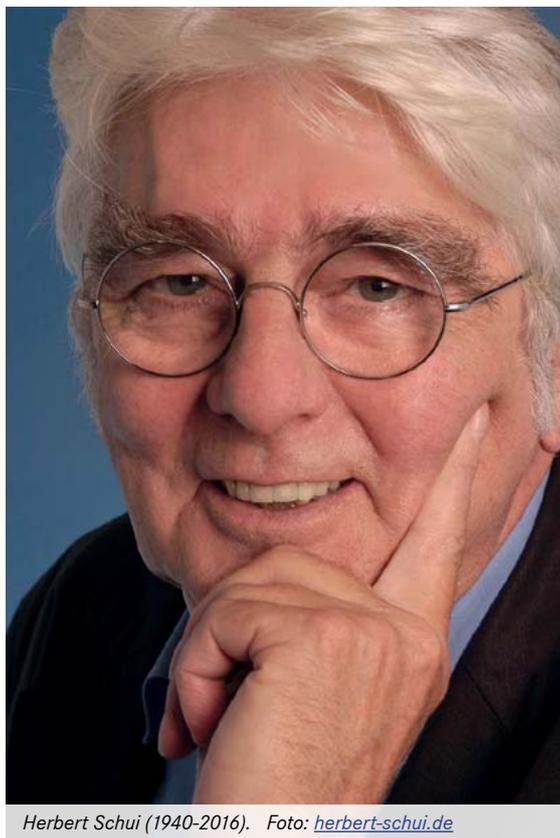
„Opposition macht Spaß!“ – Ein Nachruf auf Herbert Schui

Am 14. August 2016 starb mit Herbert Schui ein Gigant emanzipatorischer Theorie und Praxis im Alter von 76 Jahren. Er hinterlässt uns riesengroße Fußstapfen. Wir haben enorm viel von Herberts eingreifendem Denken, seiner Lebensfreude und seinem egalitären Charakter gelernt und möchten ihn mit folgendem Beitrag würdigen und zum Einstieg in sein umfangreiches Werk anregen. Der „Genosse Professor“, wie er in Gewerkschafts- und Parteikreisen genannt wurde, prägte von 1980 bis zu seiner Pensionierung 2005 die marxistisch-keynesianistische Wirtschaftswissenschaft an der gewerkschaftsnahen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Herbert war SPD-Mitglied bis zu Schröders Agenda-Politik, dann Gründungsmitglied von Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) und LINKE, für die er von 2005 bis 2010 als wirtschaftspolitischer Sprecher im Bundestag saß.

Der Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus als Einheit

Mit Leidenschaft kämpfte er für eine Welt der sozialen Gleichheit, Solidarität, Wahrheit, Klugheit und des menschenfreundlichen Humors. Das machte ihm den Kapitalismus und insbesondere seine neoliberale Form inklusive dessen Protagonist*innen zum Feind. Voll humanistisch begründetem Ekel wendete er sich gegen die neoliberale Deformation, welche versucht, alle Beziehungen, die Menschen zueinander eingehen können, auf den Tausch, auf ein reines Benutzungsverhältnis zur Maximierung des eigenen Vorteils zu reduzieren. Immer behielt er die soziale Funktion des Neoliberalismus im Blick: die Festigung des Kapitalismus und seiner Machtverteilung. Zum Erreichen dieser Funktion haben die Marktfetischist*innen auch seit jeher keine Berührungspunkte mit extrem rechter Ideologie und Praxis. Angefangen bei Ludwig von Mises, dem Lehrer Hayeks, der 1927 den Faschismus als „Notbehelf des Augenblicks“ gelobt hatte, der „voll von den besten Absichten [...] für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet“ habe, bis hin zu ideologischen Gemeinsamkeiten wie „Auslese der Stärkeren, kulturell determinierter Rassismus, Leistungsethos, Gewerkschafts- und De-

mokratiefeindlichkeit, Autoritarismus.“ Jenseits des gegenseitigen Lobes und der ideologischen Gemeinsamkeiten von Neoliberalismus und extremer Rechten zeigten Herbert Schui und Co. vor allem die Symbiose auf, die beide Seiten eingehen. In seinem Buch „Wollt ihr den totalen Markt?“, das er mit gewerkschaftlich organisierten Studenten 1997 verfasste, analysiert er die Wahlprogramme der extremen Rechten in Deutschland (Republikaner, DVU, NPD, BfB), Österreich (FPÖ) und Frankreich (Front National) und weist nach: „Die extreme Rechte unternimmt in ihren Programmen, Heimat und Nation mit radikalem Markt und ungehindertem Wettbewerb zu verbinden. Die soziale Si-



Herbert Schui (1940-2016). Foto: herbert-schui.de

cherheit des Wohlfahrtsstaates soll durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Volks- und Kulturgemeinschaft ersetzt werden. Faschistische Gemeinschaftsideologie – wengleich stark geläutert und sprachlich modernisiert – dient also dazu, die materielle Sicherheit durch überhöhte Geborgenheitsgefühle ersetzen zu wollen.“ Damit lieferte er viele Jahre vor dem Entstehen der AfD das theoretische Rüstzeug zu deren Verständnis als gefährlichem Bindeglied zwischen neoliberalem Kapitalismus

und der extremen Rechten. Dies ermutigte uns, offensiv diese Partei als Folge der neoliberalen Agenda-Politik und deren Legitimationskrise sowie den Versuch der Systemerhaltung anzugreifen. Folglich kann der Kampf gegen sie nur wirksam sein im Entwickeln einer Perspektive, die auf die demokratische Gestaltung unserer Lebensmöglichkeiten, soziale Sicherheit und gemeinwohlorientierte Sinnstiftung gerichtet ist.

Kritische Wissenschaft gegen die Verschleierung durch Mythen

In Herberts letztem Buch kulminiert er im Jahr 2014 seine bisherigen Arbeiten zu wirtschaftswissenschaftlicher Verschleierungstaktik des Klassenkonfliktes und der Verbindung von neoliberal/rechts in dem Titel „Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit“. Darin widerlegt er auf bissig-ironische und ökonomisch-kennntnisreiche Weise die Mythen vom Leistungsträger, der Staatsverschuldung, von Markt und Wettbewerb, Export, Demographie und Wirtschaftswunder. Herbert engagierte sich in den letzten Jahren auch in Vortragsreisen, der Kandidatur zum Stadtrat im niedersächsischen Buchholz i.d. Nordheide und der Redaktion der Zeitschrift „Debatte“ der Hamburger LINKEN. In der Auseinandersetzung zwischen Anpassung der LINKEN, um beim „Elitkartell“ der neoliberalen Parteien mitregieren zu dürfen, oder gesellschaftlicher Opposition ergriff Herbert immer wieder Position, wenn er in seinen Vorträgen mit verschmitztem Lächeln, mit kölschem Dialekt und in ohrenbetäubender Lautstärke ausrief: „Opposition macht Spaß!“ Seine unbändige Freude an der Kritik und dem Verlachen der Herrschenden und der herrschenden Denkweise können wir aufgreifen!

Eine Langfassung dieses Nachrufs findet ihr hier: www.sds-uhh.de

Die Aufzeichnung eines Vortrages von Herbert Schui zum Thema „Neoliberalismus, extreme Rechte und die AfD“, vom Januar 2015 findet ihr hier: <https://www.youtube.com/watch?v=FDYSmM31y30>

Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (SDS*) der Universität Hamburg

Bilderrätsel



Auflösung zum
Bilderrätsel aus
der ALiNa Nr. 8

Wir fragen: „Ratet ihr
das? Wo ist dieser Stein
inzwischen zu finden?“

Dieses kleine Mahnmahl erinnert an die Deportation von über 800 Jüdinnen und Juden am 28.10.1938 mit einem Sonderzug vom Altonaer Bahnhof nach Polen. Es stand lange Zeit auf dem Bahnhofsvorplatz und musste dann der Außengastronomie von „Schweinske“ weichen. Jetzt befindet es sich hinter dem Bahnhofsdurchgang Richtung Platz der Republik, seit den Bahnhofsumbaumaßnahmen auf einer Baustelle.

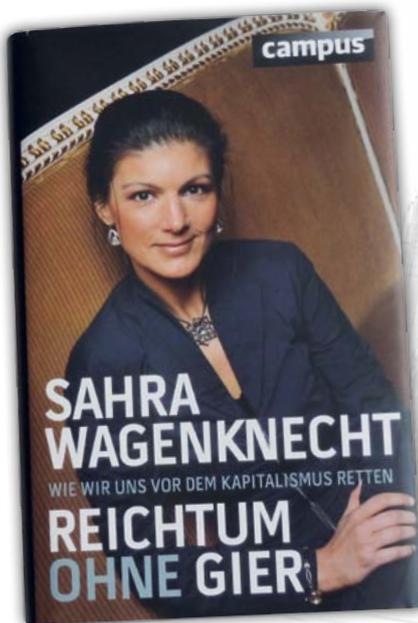


Ratet ihr das? Wo im Bezirk findet man diese Fassade?



Linke müssen jetzt tapfer sein,

Bücherkiste Links



.....denn nicht marxistische Denker zitiert Sahra Wagenknecht in ihrem neuen Buch, sondern bevorzugt Walter Eucken und andere Ordoliberalen - und natürlich Goethes Faust. Wir sind eben einfach nicht ihre Zielgruppe! Sie schreibt nicht für Linke. Vermutlich denkt sie, Sozialismus, Kommunismus, das sind für die Leute nun mal rote Tücher. Und wie reagieren die Menschen, wenn man ihnen ein rotes Tuch hinhält? Sie greifen an oder laufen weg. Sie werden jedenfalls nicht wahrnehmen können, was hinter dem Tuch steckt. Sie werden nicht

verstehen, was verstanden werden muss, wenn sich was ändern soll. Tatsächlich erhält man eine Einführung in marxistische Wirtschaftstheorie, ohne es zu merken. Und Sahra Wagenknecht hat Erfolg mit ihrer Taktik. Man muss nur den Rezensionen auf Amazon folgen, um zu sehen, dass ihren Ausführungen in politischer Ökonomie auch bürgerliche Menschen zustimmen, die normalerweise von linken Positionen nichts wissen wollen. Marx ist dennoch präsent in diesem Buch, weil er im Alltagsbewusstsein der LeserInnen schon verankert ist. Antonio Gramsci sagt dazu: „Jede philosophische Strömung hinterlässt eine Ablagerung von Alltagsverstand; diese ist das Zeugnis ihrer historischen Leistung“. Das ist unabhängig von unserem Bewusstsein so. Allerdings sagt uns der Alltagsverstand auch, Geld arbeitet, Kapitalismus ist ein anderes Wort für Marktwirtschaft, ohne Kapitalismus keine Innovationen, Kapitalisten gehen ein hohes Risiko ein und haften mit ihrem Privatvermögen usw. Mit diesen und anderen Mythen räumt Sahra Wagenknecht gründlich auf. Der Titel des Buches ist irritierend, mit dem Text hat er eigentlich nichts zu tun. Die Kapitelüberschriften der beiden Hauptteile des Buches sind deutlicher: Die Lebenslügen des Kapitalismus (eine Analyse) und Marktwirtschaft statt Wirtschaftsfeudalismus - Grundzüge einer modernen Wirtschaftsordnung (konkrete Vorschläge der

Autorin zu Finanzbranche, Banken, Rechtsformen von Gesellschaften: statt GmbH und AG Personengesellschaften mit voller Haftung, Mitarbeitergesellschaften, Gemeinwohlgemeinschaften, Öffentliche Gesellschaften). Der Kapitalismus ist „jedenfalls all das nicht, wofür er normalerweise gehalten wird“, schreibt sie nach über einhundert Seiten Analyse. Wer das Buch gelesen hat, weiß: Industrieoligarchie ist ein Qualitätskiller, Kapital entsteht nicht durch Fleiß und Sparen, offene Märkte und Wettbewerb existieren für Oligopol nicht, wie aus öffentlichem Eigentum vererbbares Privateigentum wird, was das Internet der Dinge ist, und welche Rolle die Banken spielen.

Sie steigt in die Geschichte ein, erklärt wie Geld entsteht etc. Am Ende des Buches weiß auch die marxistisch vorgebildete LeserIn wieder, dass und warum Geld nichts kostet und warum die Römer keine Dampfmaschinen hatten. Und wenn sie dafür offen ist, findet sie zwischen den Seiten eine Person, die sie schon immer mal kennenlernen wollte: eine sensible, mitfühlende Sahra Wagenknecht.

Unbedingt lesen!

Sahra Wagenknecht
Reichtum ohne Gier

Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten
Campus 2016 292 Seiten € 19,95

Heute vorgestellt von
Heinz-Dieter Lechte

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg, Fachforum der Linken

Jeden ersten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
im Mai 2016 ausnahmsweise am zweiten
Donnerstag (12.05.2016)
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden vierten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Bürgertreff Altona-Nord, Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Flottbeck

Hasan Burgucuoglu, Telefon 0176-49380450
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),
Böverstand 38, 22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 – 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

Redaktion: Hasan Burgucuoglu, Irfan Cüre, Birger Gente, Metin Kaya,
Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte, Nico Scharfe, Volker Vödisch
V.i.S.d.P.: Beate Reiss • Am Felde 2 • 22765 Hamburg

Satz und Reinzeichnung: Birger Gente

Titelfoto: Ein besonderes, geschichtsträchtiges Beispiel für kommunalen Wohnungsbau: Der Karl-Marx-Hof in Wien mit heute 1272 Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen, 1927-33 erbaut, erkämpft im „Roten Wien“ (1919-1934). 1934 Zentrum der Arbeiterschaft im Abwehrkampf gegen die Truppen der austrofaschistischen Regierung Dollfuß. © Bwag/Commons

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Letzte Nachricht



Protestaktion gegen das Richtfest für „Zeise2“ am 8. September 2016 mit geladenen Gästen. Dort entsteht gerade ein Bürokomplex für 850 WerberInnen des Werbeagenten und britischen Kommunikationskonzerns WPP, dazu gehört auch die Werbeagentur Scholz & Friends. Über das erfolgreiche Bürgerbegehren für Wohnungen statt Büros setzten sich Senat und die Mehrheit der Bezirksversammlung hinweg. Foto: Marlit Klaus